

Energieversorgung als außen-, sicherheits- und europapolitische Herausforderung: in seiner Doppelpräsidentschaft im EU-Rat und in der G8 kann Deutschland im Jahr 2007 neue Lösungsstrategien entwickeln und Handlungsimpulse setzen

Meier-Walser, Reinhard C.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Meier-Walser, R. C. (2006). *Energieversorgung als außen-, sicherheits- und europapolitische Herausforderung: in seiner Doppelpräsidentschaft im EU-Rat und in der G8 kann Deutschland im Jahr 2007 neue Lösungsstrategien entwickeln und Handlungsimpulse setzen*. (Argumentation kompakt, 10/2016). München: Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Akademie für Politik und Zeitgeschehen. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-384181>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

+++ Ausgabe vom 12. Oktober 2006 +++

Energieversorgung als außen-, sicherheits- und europapolitische Herausforderung

**In seiner Doppelpräsidentschaft im EU-Rat und in der G8
kann Deutschland im Jahr 2007 neue Lösungsstrategien
entwickeln und Handlungsimpulse setzen**

Energieversorgung als außen-, sicherheits- und europa-politische Herausforderung

In seiner Doppelpräsidentschaft im EU-Rat und in der G8 kann Deutschland im Jahr 2007 neue Lösungsstrategien entwickeln und Handlungsimpulse setzen

Reinhard C. Meier-Walser¹

Vor dem Hintergrund krisenhafter Zuspitzungen im Nahen und Mittleren Osten sowie anderer internationaler Entwicklungen wurde in den vergangenen Monaten mehr und mehr deutlich, dass das immer wichtiger werdende Thema der Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer europäischen Partner nicht nur wirtschafts- und umweltpolitische Fragen aufwirft, sondern auch eminente außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen in sich birgt.

In diesem Beitrag sollen zunächst diese Herausforderungen und die damit zusammenhängenden politischen Probleme skizziert und anschließend Konsequenzen gezogen und Lösungsstrategien formuliert werden.

Die sicherheitspolitische Dimension der Rohstoffverteilung

Aus westeuropäischer Sicht stand die Frage der Energieversorgung seit Ende der 1970er Jahre bis vor kurzem nicht auf einem der vorderen Plätze politischer Prioritäten, zumal nach der Ölkrise 1973/74 gewaltige Kapazitätspuffer aufgebaut worden waren, die eine langfristige Versorgungssicherheit zu gewährleisten schienen. Nach einem Vierteljahrhundert sind diese Kapazitätspuffer nun aber aufgebraucht, während gleichzeitig der Energiehunger zahlreicher, vor allem asiatischer Staaten und damit die Rohstoffpreise weltweit drastisch steigen, Autokraten und Diktatoren in Förderländern ihre fossilen Schätze als neue Machtwährung instrumentalisieren und die Staaten des demokratischen Westens plötzlich erkennen müssen, dass sie energiepolitisch erpressbar sind.

Im Einzelnen sehen Deutschland und seine europäischen Partnerstaaten sich mit folgenden Herausforderungen konfrontiert:

Politische Instabilität der Förderregionen fossiler Energieträger

Die derzeit bekannten weltweiten Rohöl-Reserven reichen bei gegenwärtigem Verbrauch noch ca. 40 Jahre, wobei die Nordsee-Quellen bereits in Kürze versiegen werden. Die globale Öl-Förderung wird zwar des wachsenden Energiebedarfs wegen zumindest noch einige Jahre erhöht werden, jedoch ist auch damit zu rechnen, dass unkonventionelle Öle wie Ölschiefer und Ölsand wirtschaftlich abbaubar werden. Insofern ist gegenwärtig die Knappheit der Ölreserven noch ein geringeres Problem als die Klimaproblematik, die durch die Verbrennung der bekannten Ölreserven entsteht. (Müller 2003b, S.5) Aus deutscher und europäischer Sicht muss aber vor allem die geografische Verteilung der Erdölreserven Sorge bereiten, zumal sich rund 90 Prozent der bekannten Ölvorräte in islamischen Ländern, in der Gesamtregion des von Zentralasien über das Kaspische Becken bis in den Persischen Golf reichenden „Mittleren Ostens“ („Greater Middle East“) befinden. (Umbach 2004a, S.355) Die meisten Rohöl exportierenden Länder dieser Region gelten als innenpolitisch instabil, mehrere davon auch als außenpolitisch und außenwirtschaftspolitisch unberechenbar.

Schätzungen der Internationalen Energie Agentur (IEA) zufolge reichen die bislang bekannten weltweiten Erdgasvorräte noch ca. 60 Jahre. Ähnlich der geografischen Verteilung der Erdöl-Vorräte sind auch die Erdgasreserven auf einem Streifen von Westsibirien über die Kaspische Region bis in den Golf konzentriert, wobei Russland über fast ein Drittel der gesamten Vorräte verfügt. Da die Transportkosten von Gas im Vergleich zu Öl wesentlich höher liegen, ist aus der Sicht EU-Europas, das

¹ Der Autor ist Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung und lehrt Internationale Politik an den Universitäten München und Regensburg.

rund zwei Drittel seiner Gasimporte durch russische, ein Drittel durch afrikanische (überwiegend algerische) Lieferungen deckt, von Vorteil, dass rund 80 Prozent der weltweiten Gasreserven in einem Umkreis von 5000 Kilometer von Mitteleuropa entfernt liegen. (Müller 2003b S.8)

Fossile Brennstoffe, insbesondere Öl und Gas, werden zumindest bis zum Jahr 2030 die mit Abstand wichtigsten Energieträger bleiben. Während die EU-Staaten gegenwärtig etwa 75 Prozent ihres Erdöl- bzw. 40 Prozent ihres Erdgasverbrauchs durch Importe decken, könnte diese Abhängigkeit Schätzungen der EU-Kommission zufolge bis zum Jahre 2030 auf 90 bzw. 70 Prozent ansteigen. Unter dem Gesichtspunkt der Energiesicherheit sind die in einigen Jahrzehnten zur Neige gehenden Öl- und Gasvorräte zwar zweifellos problematisch, kurz- und mittelfristig betrachtet stellen jedoch Versorgungsengpässe und -unterbrechungen durch politische Krisen in den Förderländern, terroristische Anschläge auf Produktionsstätten, Pipelines oder Tanker sowie allgemein der explosionsartige Anstieg des Energiebedarfs primär asiatischer Staaten mit den entsprechenden Konsequenzen die vorrangigen Herausforderungen für Deutschland und seine europäischen Partner dar. (Umbach 2004b, S.18).

Sicherheitsrisiken durch globale Verschiebungen der Energieträger-Ströme

Während in den OECD-Staaten aufgrund rückläufiger Bevölkerungsquoten und effizienterer Energieverwendung in absehbarer Zeit zumindest kein großer Anstieg des Energiebedarfs zu erwarten ist, wurde die diesbezügliche Nachfrage der Entwicklungs- und Schwellenländer zum Teil krass unterschätzt.

Im Vergleich betrachtet wird die weltweite Energienachfrage der OECD-Staaten von 2000 bis 2030 von 58 auf 47 Prozent fallen, diejenige der Entwicklungsländer im gleichen Zeitraum von 30 auf 43 Prozent steigen. (Umbach 2004b, S.19) Vor allem die Volksrepublik China und Indien mit ihren Milliarden-Völkern und ihrem dynamischen ökonomischen Wachstum, aber auch andere industrielle Schwellenländer mit boomender Volkswirtschaft und hohem Bevölkerungswachstum wie die ASEAN-Staaten, haben Bedarf an zusätzlichen neuen Energiequellen. Wie die rohstoffarme Wirtschaftsmacht Japan können sie diesen Bedarf nicht durch eigene Ressourcen decken. Der dramatisch wachsende Energiebedarf der Schwellen- und Transformationsstaaten und die Verschiebung der globalen Rohölnachfrage vom demokratischen Westen nach Asien bedeuten, dass nicht nur die weltweit steigende Energienachfrage „aus politisch instabilen Regionen gedeckt werden muss, sondern sich auch 60 Prozent des weltweiten Raffineriesystems in zumeist politisch instabileren Ländern und Regionen befinden wird“. (Umbach 2004a, S.356) Insofern ist zu befürchten, dass krisenhafte Zuspitzungen in einem oder mehreren der Erdöl produzierenden Staaten sowohl zu heftigen Preisanstiegen bei Rohöl, Benzin und Erdgas als auch zu Versorgungsengpässen führen können, zumal heute kein Staat (wie z.B. Saudi-Arabien noch während der Golfkrise 1990/91) mehr in der Lage ist, durch die Erhöhung freier Förderkapazitäten die kurz- oder mittelfristigen Ausfälle anderer Förderquellen zu kompensieren, um damit Preisstabilität und Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Erschwerend kommt hinzu, dass die EU als weltweit zweitgrößter Energieimporteur heute – im Gegensatz zur Ölkrise in den 1970er Jahren, als westliche Ölkonzerne den damaligen Preisdruck der OPEC durch die Erschließung neuer Felder in Kanada, Alaska und der Nordsee abfedern konnten – kaum Ausweichmöglichkeiten besitzt. Dies, so Frank Umbach, einer der besten Kenner der internationalen Energieproblematik, könnte „eine machtpolitische Verschiebung der Gewichte zwischen Erdöl produzierenden und - importierenden Staaten zugunsten der OPEC zur Folge haben“. (Umbach 2004a, S.356)

Rohstoffe als „strategische Waffen“ nichtdemokratischer Problemstaaten

Durch ihre wachsende Nachfrage auf den internationalen Energiemärkten treiben China, Indien und andere Schwellenländer zum einen die Preise in die Höhe, zum anderen verschaffen sie Öl und Gas fördernden Problem-Staaten wie dem Iran neue Finanzquellen, die wiederum für die iranische Rüstung, das Nuklearprogramm und die Finanzierung der Hisbollah verwendet werden können. Im Herbst 2004 hat China mit Teheran ein 70-Milliarden-Dollar-Energiegeschäft abgeschlossen. Diese aus der Sicht westlicher Regierungen unselige Verbindung zwischen Peking einerseits und dem Mullah-Staat sowie anderen nichtdemokratischen, aber energiepolitisch einflussreichen Regimen unterschiedlicher politischer und ideologischer Couleur in Afrika, Lateinamerika und Asien andererseits, verschärft die ohnehin gespannten Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik. Sollte Peking mit Rück-

sicht auf seine Energie-Geschäftspartner in Teheran sein Veto im UNO-Sicherheitsrat gegen amerikanisch initiierte Sanktionen wegen des iranischen Nuklearprogramms einlegen, droht eine ernste Krise zwischen Washington und Peking. (Kampf um Rohstoffe, S.8f.)

Anti-westliche „Energieallianzen“: die neue Achse Chávez – Achmadinedschad

Eine aus amerikanischer und europäischer Perspektive besonders bedrohliche energiepolitische Allianz verkörpert insbesondere die neue Achse zwischen dem iranischen Präsidenten Mahmud Achmadinedschad, der den Holocaust leugnet und die Auslöschung Israels fordert, und Venezuelas Präsident Hugo Chávez, der George Bush als den „größten Terroristen der Welt“ und die gegenwärtige amerikanische Regierung als „perverses und verbrecherisches Regime“ bezeichnet. Diese primär vom beiderseitigen Hass gegen die USA getragene „anti-imperialistische Allianz“ (Chávez) bringt ein eminentes Versorgungsrisiko sowohl für die USA als auch für Westeuropa mit sich. Obwohl die USA die Herausforderung der Energiesicherheit wesentlich früher als die EU-Staaten als außen- und sicherheitspolitisches Sujet erkannt und die Diversifizierung ihrer Energieimport-Quellen frühzeitig intensiviert haben, gehört Venezuela neben Saudi-Arabien, Mexiko und Kanada zu den Öl-Hauptlieferanten der USA. Ein von Caracas verhängter Lieferstopp, mit dem Chávez bereits mehrfach gedroht hat, könnte die Ölpreise in den USA um rund 15 Prozent in die Höhe schnellen lassen und damit für „erhebliche Unruhe sorgen“. Sollte andererseits der Iran, viertgrößter Erdölexporteur der Welt und nach Russland der Staat mit den weltweit größten Gasvorräten, seine Rohstofflieferungen nach Europa drosseln, drohen hierzulande Versorgungsengpässe und Preissprünge. (Kampf um Rohstoffe, S.16.)

Energieversorgung im Fadenkreuz des internationalen Terrorismus

Neben der generellen Beeinträchtigung der Energiesicherheit Deutschlands durch politisch instabile, undemokratische und unberechenbare Regime in den Rohstoff-Förderstaaten besteht ein spezielles Risiko seit dem 11. September 2001 auch in der Gefahr terroristischer Anschläge auf Förder- und Produktionseinrichtungen, Transportwege, Pipelines, Raffinerien etc. Neuralgische Stellen vielgenutzter See-Transportwege für Öl und Flüssiggas wie der Straßen von Hormus und Malakka oder der Suez-Kanal sind besonders gefährdet durch Piraterie und terroristische Anschläge.

Im Februar 2006 versuchten Al-Quaida Terroristen, die größte Ölverarbeitungsanlage der Welt bei Abkaik in Saudi-Arabien, nur 13 Kilometer vom größten Erdölterminal der Welt, Ras Tanura, am Persischen Golf entfernt, in die Luft zu sprengen. Zwei mit Sprengstoff beladene Lastwagen konnten buchstäblich erst in letzter Minute am Eindringen in die Zone der Öl-Industrieanlagen, wo 60 Prozent der saudischen Tagesförderung von 9,5 Millionen Barrel Rohöl verarbeitet werden, gehindert werden. Wäre der Anschlag gelungen, hätte dies vermutlich zu bislang unerreicht hohen Energiepreisen und einer Wirtschaftskrise globalen Ausmaßes geführt.

Konsequenzen für die Bundesrepublik Deutschland

Angesichts dieser diversen neuen Risiken und Herausforderungen wurde im April 2006 ein Energiegipfel im Bundeskanzleramt in Berlin einberufen, der den Auftakt zur Entwicklung eines nationalen energiepolitischen Gesamtkonzeptes für den Zeitraum bis 2020 bildete. Es gehe darum, so Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Abhängigkeit von Energieimporten zu verringern, steigende Preise zu stoppen und die umweltpolitischen Herausforderungen des Klimaschutzes in den Blick zu nehmen.

Allerdings, das zeigte Anfang Oktober 2006 auch der zweite Energiegipfel im Kanzleramt, gehen innerhalb der Großen Koalition die Meinungen darüber, wie dies zu bewerkstelligen sei, zum Teil stark auseinander, insbesondere was die Rolle der Kernenergie im Energieträgermix anbetrifft. Sollte das von der rot-grünen Vorgängerregierung initiierte Ausstiegsszenario tatsächlich – wie im Koalitionsvertrag vom November 2005 vorgesehen – unverändert realisiert werden, würde dies jedoch nicht nur bedeuten, dass die vergleichsweise sicheren und modernen deutschen Atomreaktoren bis zum Jahr 2021 abgeschaltet werden müssten, während in Osteuropa und anderswo nach wie vor veraltete und unsichere Kernkraftwerke weiterliefen, sondern es würde gerade das Gegenteil dessen eintreten, was man erreichen wollte: Deutschland würde das selbst gesteckte Ziel der breiteren

Streuung der Versorgung und der Quellen konterkarieren und wäre noch mehr als bisher auf die politisch instabile Erdöl- und Erdgas-Förderregion des Mittleren Ostens angewiesen.

Wenn das ebenso drängende wie komplexe Problem der Schaffung von Energiesicherheit bewältigt werden soll, ist eine Kombination verschiedener Strategien und Maßnahmen nötig, wobei es zu beachten gilt, dass die Grundlage von Energiesicherheit, so jüngst US-Ölexperte Daniel Yergin bilanzierend, seit jeher in der Diversifizierung der Energieträger und der Bezugsquellen besteht. (Kampf um Rohstoffe, S.25)

Energiesicherheit durch Streuung im Energieträgermix

Das bedeutet erstens, dass der Energiemix so breit wie möglich angelegt und dabei auch die Kernkraft berücksichtigt wird. Für die Verlängerung der Laufzeiten deutscher Atommeiler sprechen eine ganze Reihe von Gründen: die Verknappung fossiler Energieträger, die (sowohl wegen dieser Verknappung als auch wegen des gleichzeitig wachsenden globalen Energiebedarfs) weiter steigenden Öl- und Gaspreise, die politische Instabilität bedeutender Öl- und Gasförderregionen, der gewaltige Kohlendioxid-Ausstoß herkömmlicher Kraftwerke (im Falle der Ersetzung der deutschen Atomreaktoren durch konventionelle Energiequellen würde die jährliche Kohlendioxid-Emission um rund hundert Millionen Tonnen steigen – das Aus für das Klimaziel von Kyoto!) und schließlich die Tatsache, dass alternative Energien nicht nur wesentlich teurer als Atomenergie sind, sondern trotz aller Bemühungen bislang die Energieleistung von Kernkraft nicht annähernd erreichen können. Deshalb setzen alle anderen europäischen Staaten, nicht zuletzt diejenigen in der östlichen Hälfte des Kontinentes, auf Stromerzeugung durch Atomkraftwerke. Vor dem Hintergrund dieser verschiedenen Faktoren, so die Physikerin und Energie-Außenpolitik-Expertin der Süddeutschen Zeitung, Jeanne Rubner, ist es für Deutschland „geradezu unvernünftig, auf Kernenergie ganz zu verzichten und Meiler vorzeitig abzuschalten“. (Rubner, S.32.) Was wäre nämlich die Konsequenz, fragt der Windkraft-Unternehmer und ehemalige Umweltsenator Fritz Fahrenholt, der ebenfalls vor einem Abschalten der deutschen Kernkraftwerke warnt: „Wir bekommen entweder Gaskraftwerke, die uns in eine neue Abhängigkeit von Putin oder anderen zwingen. Oder Kohlekraftwerke, die 40 Jahre rumstehen mit alter Technologie.“ (Kampf um Rohstoffe, S.127.)

Energiesparen, Energieeffizienz, Energieforschung

Sowohl im industriellen wie im öffentlichen und privaten Sektor sind weitere Möglichkeiten des Energiesparens und der Steigerung der Energieeffizienz gegeben, die genutzt werden sollten. Gleichzeitig wird empfohlen, die Forschung im Bereich regenerativer und umweltfreundlicher Energien wie Sonne, Wind, Gezeiten, Biomasse etc. weiter zu verstärken, wenngleich diese erneuerbaren Rohstoffe im Energiemix aus Öl, Gas, Kohle und Kernkraft selbst langfristig höchstens 25 Prozent (das wurde auch auf dem Energiegipfel im Kanzleramt eingeräumt) des Bedarfs der Industriestaaten decken können. (Kampf um Rohstoffe, S.10). Auch aus diesem Grunde ergibt sich die Notwendigkeit, auf die Kernkraftoption zumindest solange nicht zu verzichten, solange diese Energiequelle nicht ersatzweise durch andere umweltfreundliche Technologien ersetzt werden kann.

Neuer Stellenwert der Kernkraft im energiepolitischen Zieldreieck „Versorgungssicherheit, Rentabilität, Umweltverträglichkeit“

Deutschland und die anderen EU-Staaten werden in Zukunft noch stärker als bisher von Energieimporten abhängig und damit wegen der Instabilität der Staaten der Förderregion des Mittleren Ostens in ihrer Versorgungssicherheit weiter beeinträchtigt sein. Deshalb lässt sich unter Berücksichtigung der auch auf dem Energie-Gipfel im Kanzleramt als Hauptkriterien nachhaltiger Energiepolitik bezeichneten Ziele der Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit eine Strategie der Minimierung von Versorgungsrisiken lediglich durch eine breite Diversifizierung im Energieträger-Mix realisieren. Hier schließt sich wieder der Kreis zu der Schlussfolgerung, dass es politisch kontraproduktiv ist, auf einen Energieträger wie die Kernkraft in mittelfristiger Perspektive völlig zu verzichten, zumal dies den „Diversifizierungsanforderungen und der Verringerung von politisch problematischen Abhängigkeitsverhältnissen der Energie- und Versorgungssicherheit“ wider-

spricht. (Umbach 2004a, S.363) Dass die Notwendigkeit der Berücksichtigung der Kernenergie im Energieträger-Mix von anderen Staaten aus umwelt-, wirtschafts-, technologie- und versorgungspolitischen Gründen durchaus erkannt wird, zeigt sich an einem weltweiten Trend, der einer Studie der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) zufolge zu einer zweieinhalbfachen Steigerung des Anteils der Kernenergie bis zum Jahre 2030 führen wird. (Umbach 2004b, S.25)

Wirtschafts-, umwelt-, außen- und sicherheitspolitische Aspekte: Energiesicherheit als politische Querschnittsaufgabe

Energieressourcen, das zeigen nicht zuletzt die diesbezüglichen Politiken der Präsidenten Russlands, des Iran und Venezuelas, Putin, Ahmadinedschad und Chávez, sind keine bloßen Wirtschaftsgüter, sondern strategische Mittel im internationalen Energie- und damit Machtpoker. Während die USA dies längst erkannt und ihre Energieversorgung breiter gestreut haben, überlässt EU-Europa seine Energieversorgung den großen Energieunternehmen, die für die Schaffung nationaler bzw. europäischer Versorgungssicherheit „in einem zunehmend wettbewerbsorientierten Markt schon aus ordnungspolitischen Gründen nicht geeignet sind“ (Müller 2003a, S.7). Da die europäischen Staaten bislang weder bereit sind, energiepolitische Kompetenzen an Brüssel abzutreten noch – mit Ausnahme Großbritanniens – nationale Energieversorgungsstrategien entwickelt haben, führt das in diesem Bereich entstandene „Vakuum der Zuständigkeit“ zu einer „Nichtwahrnehmung von deutschen bzw. europäischen Interessen, wie sie in den USA undenkbar wäre“. (Müller 2003a, S.7). Die dem Energiegipfel im Kanzleramt zugrunde liegende Idee einer deutschen Energiesicherheitsstrategie ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Dabei sollten im weiteren Verlauf aber nicht nur das Wirtschafts- und Umweltressort, sondern angesichts der außen- und sicherheitspolitischen Dimension der Energieversorgung auch das Auswärtige Amt und das Verteidigungsministerium im Rahmen eines „Nationalen Energiesicherheitsrates“ eingebunden werden. (Umbach 2006a, S.14) Die Realisierung des Projektes einer nationalen deutschen Energiesicherheits-Strategie setzt vor allem einen (derzeit – noch – nicht existierenden) Konsens der Regierungspartner zum Energiemix voraus und muss später durch Maßnahmen auf europäischer und transatlantischer Ebene (siehe unten) ergänzt werden.

Energiepolitischer Multilateralismus statt Schröder'scher deutscher Energie-Sonderweg

In Zusammenhang mit der Schaffung von Energieversorgungs-Sicherheit für die Staaten der EU erheben Experten wie Frank Umbach oder Friedemann Müller seit längerer Zeit einhellig die Forderung nach einer gemeinsamen europäischen Initiative. Obwohl jedoch der Europäische Integrationsprozess mit der sowohl energie- als auch sicherheitspolitisch bedeutsamen Montanunion bereits 1950/51 seine erste institutionelle Verankerung erfuhr, indem die Produktion der für die Rüstungsproduktion wichtigen Güter Kohle und Stahl einer supranationalen Kontrolle unterworfen wurden, existiert bislang keine gemeinsame Europäische Energieaußenpolitik, zumal schon die Energiepolitiken und Energiemix-Strategien der 25 EU-Mitglieder zum Teil stark voneinander abweichen. Dass ausgerechnet die großen EU-Staaten in dieser Hinsicht völlig unterschiedliche Strategien verfolgen (Frankreich etwa bezieht 80 Prozent seines Stroms aus Kernenergie und will Atomkraft weiter ausbauen, während Deutschland den vollständigen Ausstieg aus der Kerntechnik plant), macht einen EU-weiten energiepolitischen Konsens nicht einfacher. Obwohl die EU-Kommission das Ziel der Energiesicherheit als Bestandteil der GASP betrachtet und es im Dezember 2003 auch in der sog. „Europäischen Sicherheitsstrategie“ aus der Feder Javier Solanas Berücksichtigung fand, betrachten die Regierungen der EU-Staaten die Energiepolitik nach wie vor überwiegend unter dem Vorzeichen nationalstaatlicher Allein-Zuständigkeit. (Umbach 2006a, S.8,13.)

Deutschland, das im Januar 2007 die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt, könnte eine Schlüsselrolle bei der Schaffung einer – wenngleich souveränitätsschonenden – Koordinierung europäischer Energiepolitiken mit dem Ziel der Verbesserung der Versorgungssicherheit ganz Europas einnehmen. Dies setzt allerdings zum einen voraus, dass es seinen von Rot-Grün einst eingeschlagenen energiepolitischen Sonderweg des Kernkraftausstieges verlässt und auf einen innerhalb Europas konsensfähigen Energiemix fossiler, regenerativer und nuklearer Energieträger einschwenkt. Zum Zweiten muss es den von Kanzler Schröder eingeschlagenen Sonderweg der Energiepartnerschaft mit Russland verlassen, der insbesondere bei den neuen EU-Mitgliedern in Zentral- und Osteuropa Misstrauen er-

weckte. Mit dieser von enger persönlicher Verbindung zwischen Schröder und Putin getragenen Bindung an Moskau verlagerte sich lediglich die energiepolitische Abhängigkeit Deutschlands und damit Verwundbarkeit von der Region des Persischen Golfes auf Russland, während Berlin gleichzeitig eine kohärente gemeinsame EU-Politik gegenüber Moskau verhinderte, „das wiederum durch diese deutsche Politik in die Lage versetzt wurde, die einzelnen Staaten gegeneinander auszuspielen“. (Umbach 2006b, S.57)

Diversifizierung mit Augenmaß

Vor dem Hintergrund der politischen Instabilität vor allem der Golfregion sowie der Notwendigkeit der Diversifizierung der Bezugsquellen erscheint aus der Sicht Deutschlands und seiner EU-Partner die Steigerung der Öl- und Gasimporte aus Russland zwar grundsätzlich als eine bedenkenswerte Option. Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass eine zu starke Abhängigkeit von russischen Energielieferungen wiederum mit dem Diversifizierungsziel kollidieren könnte. Auch ist angesichts der energiepolitischen Konfrontation zwischen Moskau und Kiew um die Jahreswende 2005/2006 sowie der Drohung Präsident Putins, Europa den Gashahn abzudrehen bzw. die Energieströme nach China umzulenken, zu bedenken, dass die russische Energieexport-Politik von politischen Faktoren dominiert wird. Unter diesen Umständen, so Frank Umbach zu Recht, „ist eine völlig einseitige Konzentration der deutschen und europäischen Energiepolitik auf Russland politisch und wirtschaftlich kurzsichtig“. Statt einer monodimensionalen energieverversorgungspolitischen Ausrichtung auf Moskau sollte Deutschland zusammen mit den übrigen EU-Staaten den Öl- und Gasimport aus Russland zwar erhöhen, gleichzeitig sollte jedoch im Sinne der Verringerung der Abhängigkeit von den Hauptbezugsquellen (OPEC, Russland) auch der Energieimport aus „Zentralasien, aus dem Kaspischen Becken und in geringerem Maße aus Afrika integraler Bestandteil einer europäischen Strategie zur langfristigen Energieversorgungssicherheit sein“. (Umbach 2004b, S.26f.)

Versorgungssicherheit durch „Energie-NATO“?

Der polnische Vorschlag einer Art „Energie-NATO“ mit gegenseitiger Beistands- bzw. Versorgungsverpflichtung für den Fall, dass ein Mitglied der „Energie-NATO“ von Energieimporten Dritter abgeschnitten würde, wurde zwar von Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier umgehend zurückgewiesen, es sollte jedoch ein Modell eines kooperativen Energiesicherheitssystems zur kollektiven Absicherung gegen politisch und/oder ökonomisch motivierte Beschneidungen von Energieflüssen durchaus erwogen werden.

Die beste Basis für sicherheitspolitische Kooperation und damit kollektive Sicherheit sind seit jeher gemeinsame Interessen, vor allem wenn sie durch gemeinsame Bedrohungspereptionen eine genuine kollektive Sicherheitsdimension generieren. Dies ist im Bereich der Energieversorgungsfrage mittlerweile bei allen Staaten des demokratischen Westens gegeben.

In diesem Zusammenhang ist in erster Linie an EU-europäische Energiesicherheits-Klauseln zur gegenseitigen Absicherung (etwa durch strategische Bevorratung etc.) sowie an die Schaffung einer trans- bzw. euro-atlantischen Energiesicherheits-Strategie zu denken. Derartige Schritte könnten zu einer Intensivierung europäischer Sicherheitspolitik im weitesten Sinne sowie zu einer Verbesserung der politischen und sicherheitspolitischen Beziehungen zwischen Europa und den USA führen. Aus den bereits erwähnten Gründen, aber auch weil die Kanzlerin in Washington im Gegensatz zu ihrem Amtsvorgänger Vertrauen und Respekt genießt, ist die Regierung Merkel prädestiniert, die Initiative zu ergreifen und diesbezügliche politisch signifikante Weichenstellungen vorzunehmen.

Schlussbemerkung

Die Bundesrepublik Deutschland hat, nicht zuletzt aufgrund der Doppelpräsidentschaft im EU-Rat und in der G8 ab Beginn des Jahres 2007, eine große Chance, das sowohl wirtschafts- und umweltpolitisch-, aber auch außen- und sicherheitspolitisch enorm wichtige Thema der Energieversorgung aktiv gestaltend aufzugreifen und sowohl durch eine nationale Sicherheitsstrategie als auch durch europäisch koordinierte Schritte, durch transatlantische Initiativen und internationale

Bemühungen neue, zukunftsfähige Wege zu beschreiten, um dem mittlerweile durch mannigfaltige Faktoren in die Ferne gerückten Ziel der nachhaltigen Energiesicherheit näherzukommen.

Dreh- und Angelpunkt ist eine im europäischen Konzert konsensfähige energiepolitische Linie, die den Ausstieg aus der Kernkraft solange hinausschiebt, bis regenerative und neue Energietechnologien (Brennstoffzelle etc.) wirtschaftlich sind und in ihrer Leistung das Energiepotenzial der Kernkraft ersetzen können. Bis dies in ca. 25 bis 30 Jahren der Fall sein wird, ist es unter allen Gesichtspunkten des energiepolitischen Zieldreiecks (Versorgungssicherheit, Rentabilität, Umweltverträglichkeit) notwendig, die Kernenergie im Energieträgemix mit zu berücksichtigen.

Literatur

Europäische Kommission (2005): Grünbuch – Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie, Brüssel.

Hacke, Christian (2006): Deutschland braucht nicht nur eine Energiedebatte, sondern eine Kernenergiedebatte. In: Politische Studien, H.409/2006, S. 107-112.

Harks, Enno (2006): Sichere Energieversorgung – Herausforderung im 21. Jahrhundert. In: Perthes, Volker / Mair, Stefan (Hg.): Europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Aufgaben und Chancen der deutschen Ratspräsidentschaft. Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, S.73-76.

Kampf um Rohstoffe (= SPIEGEL Special, Nr.5, 2006).

Müller, Friedemann (2003a): Sicherheit der Energieversorgung – zu kompliziert für Europas Politiker? Diskussionspapier, Forschungsgruppe Globale Fragen, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.

Müller, Friedemann (2003b): Versorgungssicherheit. Die Risiken der internationalen Energieversorgung. In: Internationale Politik, Nr.3, S.3-10.

Notz, Kristina (2006): Energie für Europa – Im Spannungsfeld von Sicherheit, Wettbewerb und Nachhaltigkeit (= C.A.P. Aktuell, Nr.5).

Rubner, Jeanne (2006): Zurück zur Kernkraft? In: Berliner Republik, Nr.5, S.28-32.

Umbach, Frank (2004a): Internationale Energiesicherheit zu Beginn des 21. Jahrhunderts. In: Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen. Hrsg. von der Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Ergänzungsbd. I, Hamburg, S.345-370.

Umbach, Frank (2004b): Sichere Energieversorgung auch in Zukunft. Die Notwendigkeit einer europäischen Strategie. In: Internationale Politik, Nr.8, 2004, S.17-28.

Umbach, Frank (2006a): Europas nächster Kalter Krieg. Die EU braucht endlich ein Konzept zur Versorgungssicherheit. In: Internationale Politik, Nr.2, S.6-14.

Umbach, Frank (2006b): Die neuen Herren der Welt. Öl gleich Macht: Energie-Verbraucherländer müssen umdenken. In: Internationale Politik, Nr.9, S.52-59.

Zum Autor

Dr. Reinhard C. Meier-Walser ist Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung und lehrt Internationale Politik an den Universitäten München und Regensburg. Er steht Ihnen für Rückfragen zum Thema gerne zur Verfügung. Tel. 089/1258-240 oder meier-w@hss.de